

Wende der „Energiewende“?

geschrieben von Wolfgang Müller | 7. Februar 2014

Der dreidimensionale Schraubstock der Strompreise

Langsam dämmert es immer mehr Menschen in Deutschland, daß sie durch die ständig steigenden Strompreise mehrfach ausgequetscht werden:

1. Jedes mal, wenn die Stromrechnung wieder etwas höher ausgefallen ist, geht ein Stück vom Kuchen des eigenen Einkommens verloren. Den Euro, den man an seinen Energieversorger bezahlt hat, kann man nicht noch einmal ausgeben. Nicht für Urlaub usw. – nein, auch nicht für die Anschaffung eines neuen Kühlschranks mit Energie-Spar-Aufkleber! Mag das Stück vom Kuchen manchem auch klein erscheinen, so ist das sehr relativ: Bei Rentnern, Studenten, Arbeitslosen etc., ist der Kuchen des Familieneinkommens meist recht klein. Strompreise sind sozialpolitisch die Brotpreise von heute! Last euch das gesagt sein, liebe Genossinnen und Genossen von der SPD!

2. Jedes Unternehmen benötigt elektrische Energie! Die Ausgaben für "Strom" sind genau so Kosten, wie Material und Löhne und müssen damit über die Preise an die Kunden weiter gegeben werden. Hier zahlen wir zum zweiten Mal! Selbst "ökologisch wertvolle Betriebe" sind davon nicht ausgenommen: So macht allein die "EEG-Abgabe" bei den Berliner Verkehrsbetrieben 20 Millionen Euro pro Jahr – Kosten oder Nicht-Kosten – aus. Wie war das doch noch mal, liebe Grün-Alternativen? Sollten wir nicht mehr mit der Bahn fahren? Wegen "Klima" und so?

3. Kosten sind Kosten. Steigen die Energiekosten, müssen andere Ausgaben gesenkt werden. Das werdet ihr spätestens bei den nächsten Tarifverhandlungen noch lernen, liebe Gewerkschaftsfunktionäre. Vielleicht auch nicht mehr, weil eure Betriebe bereits dicht gemacht haben. Die Goldader, die jedes Unternehmen angeblich im Keller hat, von der ihr nur ein größeres Stück abschlagen müsst, war nur ein Märchen. Sonst hättet ihr das ja auch schon längst gemacht, gelle?

Um es noch einmal klar und deutlich in einem Satz zu sagen: Steigende Energiepreise bedeuten höhere Ausgaben, bei steigenden Preisen und sinkenden Einkommen. Wer das Gegenteil behauptet, lügt! Mögen die Lügen auch in noch so wohlklingende Worte verpackt sein.

Der klassische Verlauf

Es ist immer der gleiche Ablauf, wenn sich Politiker anmaßen, die Gesellschaft zu verändern. Egal, ob über "Bauherrenmodelle", "Filmfonds", "Abschreibungsmodelle für Containerschiffe" oder eben das

"EEG". Am Anfang steht eine Vision von einem angeblichen Mangel. Flugs nimmt die Politik einen Haufen fremdes Geld – besser gesagt unser aller Geld – in die Hand und verteilt dieses um. Am unbeliebtesten ist dabei der Einsatz von Haushaltsmitteln – schließlich hat man ja noch eine Menge anderer toller Ideen. Früher waren sog. "Sonderabschreibungen" ein probates Mittel, die Gier zu befriedigen. Leider wurde von den Investoren meist übersehen, daß der Staat nur Steuern stundet, nicht aber verschenkt. Das ökosozialistische Ei des Kolumbus, war die Schaffung eines Schattenhaushaltes in der Form des "EEG", durch "Rot/Grün". Allen Modellen gemeinsam, ist die Gier und Unwissenheit potentieller Investoren.

Aus letzterem Grund ist der zeitliche Ablauf immer gleich: Sobald das Gesetz verabschiedet ist, schlagen die Profis aus den Banken etc. zu. Sie machen tatsächlich Gewinne. Nach einer gewissen Zeit jedoch, sind die besten Grundstücke usw. vergeben. Gleichzeitig steigen durch die erhöhte Nachfrage die Preise der Hersteller. Jetzt schlägt die Stunde des (halbseidenen) Vertriebs. Profis, wie Banken, steigen aus und verscherbeln ihre Investitionen mit Gewinn an die Kleinanleger. Jetzt werden die Laien skalpiert. Selbst diese Phase geht bei Wind, Sonne und Bioenergie langsam zu Ende. Der letzte Akt beginnt.

Unternehmen, die sich die Sache in ihrer Gier bedenkenlos schön gerechnet haben, gehen Pleite. Die Investoren verlieren nicht nur ihr Geld, sondern leiten eine Abwärtsspirale ein: Ihre Objekte kommen nun auf den Markt und erzielen nur noch reale Preise, die meist deutlich unter den Herstellungskosten liegen. Die Verwerter stehen bereit. Wie schnell die Preise bei Zwangsversteigerungen purzeln, kennt man z. B. von den "Bauherrenmodellen" nach der Wende. Dies betrifft aber nicht nur diese gescheiterten Investoren. Plötzlich machen neue Preise die Runde. Über Nacht ist kein Investor mehr bereit, die überhöhten Preise zu bezahlen. Es entsteht schlagartig ein enormer Kostendruck auf der Herstellerseite. Der größte Teil der Hersteller wird in den nächsten Jahren vom Markt verschwinden. Ganz so, wie die aufgeblähte Bauindustrie nach der Wende.

Interessant ist, wie die eigentlichen Täter, die Politiker reagieren. Sie schreien unverzüglich: Haltet den Dieb! Nicht etwa die "Energiewende" ist schuld, sondern es müssen schärfere Kapitalmarktkontrollen zum Schutz der Anleger her. Man erblödet sich nicht, Jahrzehnte alte Finanzinstrumente (Genußscheine) in Verruf zu bringen. Ganz so, als würde sich ein Schnapsfabrikant hinstellen und die Flaschenhersteller dafür verantwortlich machen, daß sie an den bedauernswerten Alkoholikern schuld tragen.

Die Milderung des Anstiegs oder die Quadratur des Kreises

Eigentlich ist die Sache ganz einfach: Entweder man gibt die Menge

elektrischer Energie zu einem bestimmten Zeitpunkt vor und kann sich dann die erforderliche Anzahl Apparaturen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel ausrechnen oder man gibt den Zahlungsstrom vor und kann sich ausrechnen, wieviel Strom man dafür erhält. Beides gleichzeitig geht nicht, weil beides streng voneinander abhängt. Soll keiner nachher wieder sagen, man hätte ja nichts davon gewusst oder eigentlich wäre eine "Energiewende" ja ne tolle Sache gewesen.

Der neuerdings propagierte sanfte Ausbau, hat allerdings seine Logik. Es ist die Logik des Machterhalts. Würde man eingestehen, daß die "Energiewende" Unsinn ist, würde man die "systemrelevante" Frage nach der Allwissenheit der Politik stellen. Wenn man einmal zugibt, daß der Kaiser nackt ist, ist die Nomenklatura am Ende. Deshalb muß weiter gelten: Die Partei hat immer recht. Jedenfalls so lange, bis die Mehrheit des Volkes nicht mehr bereit ist, dieses Spiel mit zu spielen. Dann ist wieder einmal "Wendezeit".

Mancher Politiker bekommt langsam Ohrensausen. Wer noch einen Rest von "Kontakt zum Volk" hat, merkt den wachsenden Zorn über steigende Strompreise. Wenn jetzt auch noch die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes hinzukommt, könnte die Sache eng werden.

Der Popanz von den bösen Kapitalisten, die ihren Anteil an der "Ökostromumlage" nicht zahlen wollen, kann nur bei besonders einfältigen oder gläubigen Menschen verfangen. Menschen, die etwas aus der Geschichte gelernt haben, sehen die Gefahr der "Ulbrichtfalle" aufziehen: Je mehr Unternehmen ihre Standorte ins Ausland verlagern, um so mehr lukrative Arbeitsplätze gehen verloren. Den Unternehmen werden wieder die Menschen in Richtung Freiheit und Wohlstand folgen. Wie soll der Ökosozialismus reagieren? Mauer und Schießbefehl im Internetzeitalter?

Wie panisch die Reaktion der Politiker wird, zeigt der Plan, auch auf die sog. Eigenstromerzeugung die "EEG-Umlage" zu erheben. Bisher war doch die Kraft-Wärme-Kopplung ein Bestandteil der "Energiewende". Unternehmen, die "energieeffizient" waren, haben sich solche Anlagen gebaut. Oft genug, am Rande der Wirtschaftlichkeit. Jetzt sollen sie mit der "EEG-Umlage" dafür bestraft werden. Natürlich mit einem etwas geringeren Satz. Hier wird wieder einmal unverhohlen gezeigt, daß es gar nicht um Umweltschutz geht, sondern nur darum, "die Belastbarkeit der Unternehmen zu testen". Klassenkampf in Reinkultur. Die gleichen Funktionäre, die immer von dem notwendigen Investitionsschutz säuseln (wenn es um die Photovoltaik auf dem Dach der eigenen Klientel geht), gehen mit Eigentumsrechten bei Kraftwerken locker um – egal ob es sich um Kernkraftwerke oder fossile Anlagen handelt. Langsam, aber sicher, entwickelt sich Deutschland in der Eigentumsfrage immer mehr zur Bananenrepublik. Das Kapital ist aber bekanntermaßen scheu und ängstlich. Deshalb verfällt man immer mehr auf eine "Bürgerbeteiligung". Zu was es führt, wenn sich Banken wegen des unvermeidbar hohen Risikos zurückziehen (müssen), sieht man gerade am Fall Prokon.

Die Bedeutung von Leistung & Energie

Leistung (kW) ist leider nicht gleich Energie (kWh). Entscheidend bei der Berechnung der erzeugten Energie aus der Nennleistung einer Anlage (kW) ist die Zeitdauer (h), in der die Leistung des Typenschildes wirksam ist. In Deutschland beträgt diese Zeitspanne bei Photovoltaik deutlich unter 1000 Stunden pro Jahr und bei Windmühlen deutlich unter 3000 Stunden pro Jahr. Will man nun eine bestimmte Menge elektrischer Energie (z. B. 50 % oder gar 100 % des gesamten Stromverbrauches in einem bestimmten Jahr) erzeugen, muß man diesen Wert (kWh/a) durch die "Vollbenutzungsstunden" (h/a) des entsprechenden Verfahrens teilen. Man erhält die Leistung (kW), die mindestens installiert werden muß. Da z. B. die Sonne nur recht selten scheint (nachts ist es dunkel, an vielen Tagen trübe) erhält man sehr große (rechnerische) Leistungen die installiert werden müssen. Dieser Zusammenhang ist trivial, aber ausschlaggebend für das zwingende Scheitern einer Energieversorgung ausschließlich durch "Erneuerbare Energien". Die Sache hat nämlich zwei Haken:

1. Wenn die Natur keine, dem momentanen Bedarf entsprechende Erzeugung (Nacht, Flaute etc.) zuläßt, muß die elektrische Leistung über konventionelle Kraftwerke bereitgestellt werden. Hierzu zählen auch alle großtechnischen Speichersysteme, da dort die Rückwandlung immer über konventionelle Verfahren führen muß (Wasserkraft, Turbinen etc.).

2. Wenn der Wind mal richtig weht oder ein strahlend blauer Himmel vorhanden ist, ist die erzeugte Leistung sehr schnell und sehr oft, größer als die gerade im Netz verbrauchte Leistung. Physikalisch gibt es nur drei Möglichkeiten, dem entgegen zu treten: Man schaltet (teilweise) Windmühlen oder Sonnenkollektoren ab, entsorgt den Überschuß in benachbarte Netze oder erhöht künstlich den Verbrauch (Speicher). Es lohnt sich, diese drei Möglichkeiten etwas näher zu hinterfragen.

Immer, wenn man gezwungen ist, Anlagen wegen Überproduktion abzuschalten, wird das für den Stromkunden sehr teuer. Die entsprechende Anlage produziert noch weniger Strom und muß diesen deshalb noch teurer verkaufen um ihre Investitions- und Betriebskosten abdecken zu können. Deshalb hat die Politik den Abnahmepflicht eingeführt. Die Kosten werden bewußt auf die Verbraucher abgewälzt, um die Produzenten zu schonen. Man könnte auch sagen, weil sich die "Vollbenutzungsstunden" (h/a) verringern, muß man zusätzliche "Schattenanlagen" errichten, um die angestrebte Energieausbeute zu erreichen. Physikalisch betrachtet, funktioniert das nicht einmal, da man zu jedem Zeitpunkt Produktion und Verbrauch im Gleichgewicht halten muß! Aus diesem Grund hat sich die Politik für den zweiten Weg entschieden. Wenn man etwas nicht gebrauchen kann, nennt man es Abfall. Um Abfall zu entsorgen, muß man immer eine Gebühr entrichten. Dies geschieht an der Strombörse: Die gewaltsame Abnahme geschieht über den Preis. Der Strompreis für den "Alternativstrom" wird stets so niedrig angesetzt, daß er gerade noch einen Käufer findet. Ist die Energie für niemanden mehr etwas wert, muß

die Entsorgung sogar bezahlt werden (negative Strompreise an der Börse). Ganz genau so, wie bei der Müllverbrennungsanlage, wo man für die Dienstleistung der Abfallbeseitigung auch eine Gebühr entrichten muß. Der dritte Weg ist uns dadurch bisher erspart geblieben: Man baut zusätzliche Stromverbraucher (z. B. zur Erzeugung von synthetischem Erdgas) und produziert damit sehr teuer ein Produkt, welches ohnehin im Überfluß vorhanden und billig zu kaufen ist. Jedenfalls erheblich billiger, als elektrische Energie! Dieses System verkauft man als "Speichertechnologie", weil man anschließend dieses Erdgas wiederum unter erheblichen Verlusten in Gaskraftwerken verfeuert, die man dringend für die Zeiten der Flaute und Dunkelheit benötigt. Hat es je in der Menschheitsgeschichte eine einfältigere Idee gegeben? Wenn das jemanden an etwas erinnert; richtig, an die Fleischversorgung durch Kleintierhaltung, mittels der Verfütterung von subventioniertem Brot im (realexistierenden) Sozialismus.

Wenn man etwas unter den Gestehungskosten verkauft, nennt man das gemeinhin Dumping. Genau das, geschieht täglich an der Strombörse. Es ist nur eine Frage der Zeit, wie lange sich das unsere europäischen Nachbarn noch gefallen lassen. Mit jeder Windmühle und jedem Sonnenkollektor, die zusätzlich in Betrieb gehen, wird dieses Dumping größer. Die Differenz zwischen Erzeugungskosten und erzielbarem Preis nennt man "EEG-Umlage". Die ungekrönte Königin der Schlangenölverkäufer, Frau Professor Claudia Kemfert, sieht das natürlich ganz anders. In einem Interview vom 27.1.14 in der Zeitschrift Cicero (<http://www.cicero.de/berliner-republik/energiewende-atomausstieg-eeg-umlage/56919>) antwortet sie auf die Frage nach einer Umstellung der Ökostrom-Umlage in ihrem Sinne:

"Die EEG-Umlage hat sich bewährt. Schon jetzt sinken die Erzeugungskosten für erneuerbare Energien. Trotzdem sollte man die Ausnahmen für energieintensive Industrien endlich auf ein vernünftiges Maß vermindern – allerdings nur für Unternehmen, die wirklich energieintensiv sind und im internationalen Wettbewerb stehen. Im Gegenzug sollte man die Umlage an Gegenmaßnahmen koppeln, wie die Verbesserung der Energieeffizienz. Außerdem muss der Börsenpreis stabilisiert werden: Würde nämlich der niedrigere Börsenpreis für die Erneuerbaren an die Verbraucher weitergegeben, könnte der Strompreis schon heute stabil bleiben, wenn nicht sogar sinken. Dazu könnte man überschüssige Stromkapazitäten aus dem Markt nehmen und den CO2-Preis deutlich erhöhen."

Selten, dürfte es einem Professor gelungen sein, soviel Unsinn, in nur einem Absatz, von sich zu geben. Selbst wenn die Erzeugungskosten (Ausgaben für Kredite, Personal, Wartung, Betriebsmittel etc.) sinken – was sich erst noch zeigen muß – hat das keinen Einfluß auf den Preis. Ein Preis bildet sich aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Immer, wenn mehr angeboten wird, als gebraucht wird, sinkt im Handel der Preis. Wenn man sein verderbliches Gemüse überhaupt nicht an den Mann bringen kann, muß man für die Beseitigung auch noch Entsorgungskosten

bezahlen – an der Strombörse "negative Preise" genannt. Die Differenz zwischen den Gestehungskosten und dem (erzielbaren) Preis am Markt, nennt man Verlust. Die Verluste müssen aber irgendwie abgedeckt werden, da sonst sind die Windmüller und Sonnensammler in wenigen Wochen pleite wären. Damit genau das nicht passiert, wurde die "EEG-Umlage" geschaffen: Sie legt diese Verluste auf die Verbraucher um. Die Strombörse ist ein hervorragender Anzeiger, für das jeweilige Verhältnis von Stromproduktion zu Stromnachfrage, – ausgedrückt in der Einheit Euro pro MWh. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Je weiter der Börsenpreis unter den Erzeugungskosten liegt, um so größer ist das Überangebot zu diesem Zeitpunkt. Es gibt überhaupt nichts weiter zu geben. Das System ist ja gerade für gleiche Strompreise geschaffen worden: Die tatsächlich erzielten Börsenpreise werden durch die "EEG-Umlage" auf den Cent genau zu den staatlich garantierten Kosten ergänzt. Bisher mußten nur die konventionellen Kraftwerke ihre Verluste selbst tragen. Sie stellen deshalb (einer, nach dem anderen) einen Antrag auf Stilllegung. Die zuständige Behörde stellt dann ihre "Systemrelevanz" fest (irgendeiner muß ja auch Strom bei Dunkelheit und Flaute liefern) und sie bekommen ihre Verluste ebenfalls durch eine (neue) Umlage für die Stromverbraucher ersetzt. Frau Kemfert wäre aber nicht Frau Kemfert, wenn sie nicht ein Interview mit etwas Klassenkampf aufpeppen würde und für "vernünftige" Belastungen der Industrie plädieren würde. Ein richtig rausgehängter Klassenstandpunkt, konnte in Deutschland schon immer mangelnde Fachkenntnisse kompensieren. Ist die Deutsche Bahn mit ihren ICE nun "*wirklich energieintensiv*"? Dafür steht sie aber nicht so "*im internationalen Wettbewerb*", wie die Friseurmeisterin in Berlin (70 km von der polnischen Grenze, mit regem Busverkehr zum Polenmarkt mit billigen Zigaretten, billigerem Sprit und allerlei sonstigen Dienstleistungen). Dafür könnte die Bahn wieder durch die "*Verbesserung der Energieeffizienz*" punkten, sie müßte einfach nur etwas langsamer fahren oder die Zugfolge ausdünnen. Im letzten Satz scheint sie doch noch die Kurve zu kriegen: "*könnte man überschüssige Stromkapazitäten aus dem Markt nehmen*". Genau richtig, mit jeder Windmühle und jedem Sonnenkollektor die man verschrottet, senkt man sofort und unmittelbar, den Strompreis für die Verbraucher!

Das Märchen von der immer billiger werdenden "Erneuerbaren Energie"

Der Slogan: "*Die Sonne schickt keine Rechnung*" war nichts weiter, als ein Werbespruch für besonders schlichte Gemüter. Natürlich schickt die Sonne keine Rechnung. Genau so wenig, wie ein Kohlenflöz oder eine Ölquelle. Aber die Gerätschaften zum Einsammeln und Umformen kosten bei allen Energiearten Geld. Nicht der Wind, sondern die Windmühle verursacht die Kosten. Da aber, jede technische Anlage ständig repariert und einst auch erneuert werden muß, wird auch der Strom aus Wind und Sonne nie umsonst sein. Weil von Anfang an, die Herstellung elektrischer Energie aus Wind und Sonne sehr viel teurer war, hat man den Mythos irgendwelcher Lernkurven gepflegt. Selbstverständlich gibt es

Lernkurven. Nur sind die – bei Windmühlen ganz offensichtlich – extrem flach. Windmühlen gibt es nämlich schon seit über 2000 Jahren. Ganz anders, als z. B. Computer. Blieb noch die Möglichkeit, mit dem stets kleiner werdenden Abstand zu argumentieren, da ja die anderen Energieträger immer teurer würden. Warum sollten die aber immer teurer werden, wenn es doch Lernkurven gibt? Logisch, weil die doch endlich sind. Ganz nebenbei, ist die Lebensdauer unserer Sonne auch endlich. Eine solche Aussage, ist also ohne die Angabe einer konkreten Lebensdauer, völlig sinnlos. Flugs, ward die Theorie von peakcoal und später peakoil erschaffen. Man setzt einfach die bekannten Vorkommen als einzig und endlich an und kann damit ausrechnen, daß diese schon in "nächster Zeit" erschöpft sind oder doch wenigstens deren Preise explodieren. Wäre vielleicht so gewesen, wenn es nicht den menschlichen Erfindergeist und den Kapitalismus geben würde. Wir haben heute die größten Vorkommen an Öl, Erdgas, Kohle, Uran usw. in der Menschheitsgeschichte, bei gleichzeitig größtem Verbrauch aller Zeiten. Die Primärenergiepreise (zumindest als Relativpreise) werden deshalb eher wieder sinken als steigen. Jedenfalls haben wir auf der Basis des heutigen Verbrauches und heutiger Relativpreise, Vorräte für Jahrtausende. Den Anhängern der Planwirtschaft blieb nichts anderes übrig, als ein neues "Marktversagen" zu konstruieren: Die Klimakatastrophe durch die Freisetzung von CO₂ war geboren. Gut und schön, man hätte unbestreitbar sehr viele fossile Energieträger, könnte die aber gar nicht nutzen, da man sonst das Klima kaputt machen würde. Es müßte daher – möglichst sofort – eine CO₂-freie Stromerzeugung her und da der Markt so etwas ja gar nicht regeln könne, muß der Staat lenkend eingreifen. Als wenn jemals die Planwirtschaft etwas anderes, als Armut und Elend erzeugt hätte! Es wird aber trotzdem für die Schlangenölverkäufer der Wind- und Sonnenindustrie immer schwieriger, den Leuten das Märchen von den billiger werdenden "Erneuerbaren" zu verkaufen. Immer mehr Menschen erinnern sich daran, daß es nachts dunkel ist und manchmal tagelang der Wind kaum weht. Es muß also ein komplettes Backupsystem für diese Zeiten her. Egal ob mit Kohle, Erdgas, Kernenergie oder "Biomasse" betrieben oder als Speicher bezeichnet. Zwei Systeme, sind aber immer teurer, als nur ein System. Immer mehr (denkende) Menschen stellen sich daher die Frage, warum man krampfhaft versucht, unserem funktionierenden und (ehemals) kostengünstigen Stromversorgungssystem, ein zweites – zu dem mit äußerst zweifelhafter Umweltbilanz – über zu stülpen.

Was hat das alles mit Kernenergie zu tun?

Erinnern wir uns an die Zeit unmittelbar nach dem Unglück in Fukushima. Die Kanzlerin wollte einen neuen Koalitionspartner. Nun, den hat sie inzwischen gefunden. Die FDP wollte die Grünen noch links überholen und warf all ihre Wahlversprechen über Bord. Nun, der Wähler hat das demokratisch gewürdigt und sie aus dem Bundestag gewählt. Alle deutschen "Qualitätsmedien" haben gierig die Fieberträume der "Atomkraftgegner" von *"Millionen Toten und zehntausende Jahre unbewohnbar"* nachgeplappert.

Nun, es hat immer noch keinen einzigen Toten durch die Strahlung gegeben, die Aufräumarbeiten schreiten zielstrebig voran und die "Vertriebenen" kehren langsam in ihre alte Wohngegend zurück. Kurz gesagt, das Unglück hat viel von seinem Schrecken verloren, den es für manche, tatsächlich gehabt haben mag. Deutschland ist das einzige Land auf der Welt, das aus der Kernenergie aussteigen will. Inzwischen sind zahlreiche Neubauten beschlossen. Wohl gemerkt nach Fukushima, hat Großbritannien den Neubau einer ganzen Flotte Kernkraftwerke beschlossen. Selbst Schweden – das Ausstiegsvorbild schlechthin – hat vor wenigen Wochen ein über zehn Jahre angelegtes Verfahren zur Bürgerbeteiligung zum Neubau von Kernkraftwerken eingeleitet. Nach Deutschland geh voran, wir folgen dir, sieht das alles gar nicht aus. Wie ist nun die aktuelle Situation in Deutschland? Abgeschaltet wurden die älteren und kleineren Kernkraftwerke. Die Frage der Entschädigung, für diese Enteignungen, ist noch lange nicht durch. Die Streitsumme wird allgemein auf 15 Milliarden Euro geschätzt. Einmal Mütterrente, so zu sagen. Mögen sich deutsche Politiker auch auf ihre Kombiatsleiter und deren Stillhaltung verlassen: Vattenfall ist ein schwedischer Konzern und geht von Anfang an den Weg über die internationale Handelsgerichtsbarkeit. Die Konsequenzen einer internationalen Verurteilung, wegen einer unrechtmäßigen, entschädigungslosen Enteignung, übersteigt offensichtlich das Vorstellungsvermögen deutscher Provinzpolitiker bei weitem. Oder, man geht die Sache anders an. Erst in den nächsten Jahren wird der "Atomausstieg" zu einem echten Problem, wenn nämlich die großen Blöcke in Süddeutschland vom Netz gehen sollen. Dann erst, werden die Strompreise richtig explodieren. Einerseits, weil die immer noch beträchtlichen Mengen "billigen Atomstroms" aus der Mischkalkulation fallen und andererseits, noch sehr kostspielige Umbaumaßnahmen für Netz und Regelung nötig sind. Gnade dem Unternehmen in Süddeutschland, dessen Lieferverträge in den nächsten Jahren erneuert werden müssen. Die immer wieder gern propagierten 5,6 bis 6,6 Cent pro kWh für Industriestrom sind nämlich nur die halbe Wahrheit. Hinzu kommt noch der Leistungspreis für die Bereitstellung. Grob gerechnet, ist der Anteil für Leistung und Energie jeweils die Hälfte der Stromrechnung. Die Eigenversorgung soll ja bald auch kein Ausweg mehr sein. Es wird jedenfalls spannend werden, einen SPD-Energieminister zwischen den Stühlen der Gewerkschaftsfunktionäre und dem linken Flügel seiner Partei schwitzen zu sehen.

Zuerst erschienen bei NUKEKLAUS hier